

Gutachten zu Schulstandorten bis 2025:

# Viele Gemeinden ohne Schulen?

Das von der GEW in Auftrag gegebene Gutachten zur Schulentwicklung zeigt, dass beim Festhalten an der

Dreigliedrigkeit die meisten Gemeinden in Baden-Württemberg ohne weiterführende Schulen leben müssen.

Andere Schulmodelle schneiden da besser ab.

Von Tino Bargel und Holger Bargel

*Tino Bargel, Jg. 1943, Universität Konstanz, Arbeiten zur Schulentwicklung, Ganztagschule und Schulqualität, über Lehr-evaluation, Bachelor-Studium, und soziale Bildungschancen. Mitwirkung in internationalen Projekten über Studierende und Studiensituation, Studienqualitätsmonitor.*

*Holger Bargel, Jg. 1975, Universität Konstanz, Mitarbeit in Projekten zur Schulevaluation, Absolventenbefragung, Bachelorstudium, Förderung in der Berufsausbildung; dazu eine Reihe von Veröffentlichungen.*

Das Schulangebot in der Sekundarstufe in Baden-Württemberg mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium, ist in eine gehörige Schiefelage geraten. Die krisenhafte Entwicklung hat sich seit Jahren abgezeichnet, Rettungsversuche durch die „Haupt-/Werkrealschule“ sorgen für mehr Unklarheiten und an vielen Orten für Ausweglosigkeit. Das führt in den Gemeinden, an den Schulen und in der Elternschaft zu viel Unruhe. Vor diesem Hintergrund hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben und gefördert.

Das ausführliche „Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg – Bestand, Prognosen, Fortschreibung und Alternativen“ liegt nun vor. Es liefert aufschlussreiche Befunde und informative Planungsunterlagen. Die Autoren stellen in diesem Beitrag wesentliche Befunde und Folgerungen aus diesem umfangreichen Gutachten von 130 Seiten vor.

Die Aufgaben des Gutachtens sind einfach zu umreißen: Am Anfang steht die unvoreingenommene Klärung der Schulsituation im Land, in den Kreisen und Gemeinden, vor allem der Schulen in der Sekundarstufe. Die zu erwartenden Schülerzahlen ebenso wie die Schulwahl sollen für die Schulen und Schulstandorte prognostiziert und in ihren Folgen für den zukünftigen Schulbestand untersucht werden (Zeitraumen 2010 bis 2020). Ausgangspunkt ist die Fortschreibung im Rahmen des dreigliedrigen Schulsystems, mit einer Bestands- und Verlustrechnung für die Haupt-/Werkrealschulen auf der Kreis- und Gemeindeebene. Als Herausforderung werden zwei alternative Schul-

modelle geprüft: erstens die Verbundschule (Regionalschule), in der haupt- und realschulische Bildungsgänge und Abschlüsse zusammengeführt werden, wobei der Bestand der Gymnasien unberührt bleibt; zweitens die integrierte Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) als gemeinsame Schule für alle Kinder bis Klasse 10 oder darüber hinaus, wenn eine Oberstufe besteht. Die entscheidende Prüfung stellt der Vergleich dieser verschiedenen Schulmodelle dar (Dreigliedrigkeit, Zwei-Säulen-Modell, vollintegrierte Schulform); er untersucht ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich einer wohnortnahen, tragfähigen, zuverlässigen und chancenfördernden Schulversorgung.

## Zustand des Schulbestandes: problematischer als zugestanden

Zwei Entwicklungen haben zur Schiefelage im Schulangebot geführt. Zum einen der demographische Rückgang, schon seit längerem an der niedrigeren Zahl der Grundschüler/innen ablesbar. Noch folgenreicher für den Schulbestand sind zum anderen die Veränderungen bei der Schulwahl. In den letzten acht Jahren ist der Besuch der Hauptschule von 34,2 Prozent auf 25,1 Prozent gefallen, demgegenüber erhöhte er sich für die Realschule auf 34,0 Prozent und für die Gymnasien sogar auf 39,7 Prozent. Der Wandel der Schulwahl hat die bedrohliche Lage bei den Hauptschulen hervorgerufen: Im Schuljahr 2008/09 lag bei 333 Hauptschulen die Jahrgangsstärke bereits unter dem Kriterium für die Klassenbildung (weniger als 16 Schüler/innen); weitere 534 Hauptschulen werden



*Auch für die Hauptschüler/innen gilt: Das Schulangebot sollte wohnortnah, tragfähig, stabil und gerecht ausgelegt sein. Das dreigliedrige Schulsystem kann dies nicht leisten.*

Foto: Bert Butzke

nur einzügig geführt. Dies sind 74 Prozent (867) aller Hauptschulen im Land, die aktuell in ihrem Bestand bedroht sind, wenn Zweizügigkeit vorausgesetzt wird. Auf der anderen Seite wechseln immer mehr Schüler/innen in die Realschulen und Gymnasien. Aber der gestiegenen Nachfrage ist in keiner Weise durch den Ausbau solcher Schulen entsprochen worden. Das hat zu übermäßigen Pendlerzahlen, oftmals zu großen, anonymen Schulen und zu überfüllten Klassen geführt.

Wird am Programm mit Haupt-/Werkrealschule im dreigliedrigen Schulwesen starr fest gehalten, dann ist in den nächsten Jahren in allen Kreisen ein massives „Hauptschulsterben“ zu erwarten. Dies wird nun auch vom Kultusministerium lakonisch eingeräumt: „In zehn Jahren wird es allmählich keine Hauptschule mehr geben“ (Südkurier Nr. 293, 18.12.2009, S. 10). Umso mehr liegt es an den Kommunen als Schulträger, alternative Schulmodelle für die Sekundarstufe zu prüfen und in ihre Planung einzubeziehen.

### **Modelle des Schulangebotes in der Sekundarstufe**

In der Sekundarstufe stehen sich grundsätzlich drei Modelle zur Gestaltung und Aufteilung des Schulangebotes gegenüber (neben der sechsjährigen Grundschule):

■ das „gegliederte Modell“ mit drei Schularten, das an der Aufteilung nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium festhält,

■ das „Zwei-Säulen Modell“, das die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule zusammenführt (unter Wahrung der Gymnasien); hier als „Verbundschule“ bezeichnet,

■ das „integrierte Modell“, in dem alle Kinder eine Schule der Sekundarstufe gemeinsam besuchen; sie wird hier als „Sekundarschule“ bezeichnet.

Die Möglichkeiten und Grenzen dieser drei Schulformen werden in mehreren Schritten aufgearbeitet und geprüft: Welche Schülerzahlen haben sie insgesamt und in den einzelnen Kreisen oder Gemeinden, je nach Akzeptanz und Übergang, zu erwarten? Daran schließen sich weitere Fragen an, die gleichermaßen wichtig sind: Wie viele Schulen bleiben bestehen oder können eingerichtet werden und wie viele Gemeinden kommen als Schulstandort in Frage oder sind zukünftig ohne eine Schule der Sekundarstufe?

### **Festhalten an Dreigliedrigkeit: hohe Verlustbilanz und schulkulturelle Verödung**

Alle Prognosen über die zukünftige Zahl der Schüler/innen an den Hauptschulen gehen davon aus, dass sie weiter abnehmen wird. In der Eingangsklasse der Hauptschule sind 2008/09 mit 28.010 so wenige Schüler/innen wie nie zuvor und ihre Zahl wird weiter erheblich abnehmen. Für die Hauptschülerschaft ist insgesamt eine weitere Verringerung um 33 Prozent gegenüber 2008/09 anzunehmen, bei einer erheblichen Bandbreite zwischen den Kreisen von – 14 bis 45 Prozent. Die Landesregierung setzt den landesweiten Verlust, bezogen auf 2006/07 auf ein Minus



Foto: Imago

Wie stark werden die Pendlerzahlen zunehmen? Auch das hängt von der Schulstruktur ab.

von 25,1 Prozent an. Insgesamt geht sie danach für 2015/16 im Jahrgangsmittel von 27.456 Schüler/innen an den Hauptschulen aus. Nach den eigenen Prognosen wird deren Zahl in der Eingangsklasse je nach Übergangsquote noch viel niedriger sein: sich entweder auf 23.097 (25 Prozent Übergang) oder auf 18.478 (20 Prozent Übergang) verringern. Demnach wird in der Landesprognose für 2015 die Schülerzahl in den Eingangsklassen der Hauptschulen erheblich überschätzt.

Nach der differenzierten, kreisweisen Untersuchung werden bis 2015 insgesamt 662 Hauptschulen keine Klasse (weniger als 16 Schüler/innen im Jahrgang) mehr bilden können; das sind 60 Prozent aller vorhandenen Hauptschulen. Diese sehr kleinen Hauptschulen sind in ihrem Bestand durchweg bedroht. Weitere 403 der vorhandenen Hauptschulen werden zwar absehbar die Einzügigkeit halten können, bleiben aber unter 31 Schüler/innen im jährlichen Zugang. Zum Schuljahr 2008/09 konnten noch 534 Hauptschulen eine solche Einzügigkeit vorweisen. Daraus folgt, dass in den nächsten fünf Jahren weitere

202 Hauptschulen, die bislang noch zwei Züge aufweisen, unter die Einzügigkeit abgeleitet werden. Aufgrund ihrer Größe kann die überwiegende Mehrheit der Gemeinden zukünftig nicht einmal die Schülerschaft für eine einzügige Hauptschule aufbringen. Bei einer Zugangsquote von 25 Prozent, wie gegenwärtig landesweit, bleiben gut zwei Drittel (68,8 Prozent) der 1.109 Gemeinden unter der Zahl von 16 Hauptschüler/innen. Fällt der Zugang auf 20 Prozent, steigt dieser Anteil auf 75,7 Prozent der Gemeinden (absolut 839), die das Schülerpotential für eine einzügige Hauptschule nicht erreichen. Noch eindrücklicher wird das Bild, wenn die Messlatte für eine Hauptschule in den Gemeinden höher und auf 31 Schüler/innen gelegt wird, damit lokal eine zweizügige Haupt-/Werkrealschule möglich wäre. Die Zahl der Gemeinden mit einem solchen Schülerpotential bleibt überschaubar: bei 25 Prozent Übergang wären es 144 Gemeinden (13 Prozent) und bei 20 Prozent Übergang – der wahrscheinlichere Fall – sind es nur 111 Gemeinden (genau 10 Prozent), die ab 2015 eigenständig die Schülerschaft für eine solche Haupt-/Werkrealschule mit zwei Zügen aufbringen.

### **Werkrealschulen: Fehlschlag als „Rettung der Hauptschule“ zeichnet sich ab**

Gemäß Mitteilung des Kultusministeriums sind bis zum Stichtag 15. Dezember 2009 insgesamt 472 Anträge auf Werkrealschulen eingetroffen, wobei „hunderte von Hauptschulen zusammengelegt“ worden seien, d.h. deren Auflösung beschlossene Sache ist. Unter allen Anmeldungen sind übrigens 95 einzügige Hauptschulen (übrigens keine im Regierungsbezirk Tübingen, aber 73 im Regierungsbezirk Stuttgart). Es verbleiben nur 377 zweizügige Hauptschulen im Land, die als Werkrealschulen beantragt sind (vgl. MKJS, Baden-Württemberg, 17.12. 2009).

Angesichts der in der 10. Klasse der Werkrealschulen in den letzten drei Jahren gesunkenen Schülerzahl von 7.051 auf 6.666 bestehen berechtigte Zweifel, dass die Zahl der Bewilligungen für Werkrealschulen den gegenwärtigen Stand von 345 Werkrealschulen mit 10. Klasse überschreiten kann, zumal einige von ihnen bereits gegenwärtig nicht die verlangte Zweizügigkeit aufweisen. Die Ausgangslage bei den Hauptschulen wie das Potential für die Werkrealschulen ist bei ernsthafter Prüfung weit problematischer als die Daten und Prognosen des Kultusministeriums erkennen lassen. Ersichtlich wird an diesem Planungstand zur Einführung der „neuen Werkrealschule“, dass das Schulanbot im Bereich der Hauptschule – nun Werkrealschule genannt – auf etwa ein Drittel des Bestandes zurückgeht. Die Werkrealschule bleibt letztlich überwiegend auf größere Gemeinden beschränkt (16.000 Einwohner und mehr), die bereits über ein breiteres Angebot in der Sekundarstufe verfügen.

Mit dem Votum, einzügige Hauptschulen in Kooperation nur „im Einzelfall“ als Werkrealschule zu bewilligen, wird nun auch vom Kultusministerium die grundsätzliche Bedeutung der gesicherten Tragfähig-

keit einer Schule, ausgewiesen über ihre nachhaltige Zweizügigkeit, anerkannt. Demnach erschweren einzügige Schulen, wozu gegenwärtig in der Sekundarstufe einzig Hauptschulen gezählt werden können, sowohl die „Umsetzung der pädagogischen Qualitätsstandards als auch die schulische Organisation“ (Landtag Baden-Württemberg, Drs. 14/4928, vom 29.7.2009).

Angesichts dieser Auskünfte nehmen Schulträger, Schulen und Eltern eine geringere Förderung und Qualifikation der Schüler/innen hin, wenn sie nicht auf der angemessenen Tragfähigkeit und Größe ihrer Schulen bestehen. Daher sind zwar zweizügige Schulen als Standard zu setzen, aber es wären Schulformen mit breiterem Schülerpotential, wie es die Verbundschule oder die Sekundarschule darstellen, anzuzielen.

### **Verbundschule: hohes Potential für Erweiterung des Schulangebotes**

Das Schülerpotential für den Zugang zur Verbundschule, an der gemeinsam der hauptschulische und realschulische Bildungsgang zusammen geführt sind, wird sich bei einem Zugang von 55 Prozent insgesamt auf 50.820 Schüler/innen in Baden-Württemberg belaufen. Planerisch könnten somit landesweit bei günstiger Auslegung bis zu 1.271 zweizügige Verbundschulen eingerichtet werden. Angemessener ist es, von 60 Schüler/innen auszugehen, weil eine optimale Verteilung öfters nicht möglich ist. Danach können landesweit 847 Verbundschulen gesichert eingerichtet werden.

Als Gesamtpotential für die Gemeinden als Standort einer Verbundschule ergibt sich, dass bei einem Zugang von 55 Prozent in 498 bis 549 Gemeinden gesichert eine Verbundschule eingerichtet werden könnte. Die Differenz ist abhängig von den lokalen Zuordnungsmöglichkeiten, wie sie real bestehen.

### **Integriertes Modell der Sekundarschule: zukünftig höchste Versorgungsdichte**

Für die integrierte Schulform wird Dreizügigkeit verlangt, wenn die Möglichkeit zur eigenen Oberstufe bewahrt werden soll. Aber auch die zweizügige Option ist beachtenswert: Sie vereint die Kinder unter dem Motto „länger gemeinsam lernen“ bis zur 10. Klasse. Die integrierte Sekundarschule hat ein hohes Schülerpotential in der Gemeinde. Dies ist ein wichtiger, oft unterschätzter Vorteil dieser integrierten Schulform bei demographisch zurückgehenden Schülerzahlen, weil sie weit öfters tragfähig wohnortnah bleiben kann. Bei einem Zugang von 90 Prozent – der zu meist zu erwartende Grad an Akzeptanz – sind ab 2015 landesweit 83.152 Schüler/innen für die Sekundarschulen möglich.

Schulstrategisch naheliegend und günstig ist ein Mix aus zweizügigen sowie drei- und mehrzügigen Sekundarschulen, je nach Ausgangslage in den Kommunen und gemäß den Interessen in der Elternschaft. Bei einem solchen Mix von zwei- und dreizügigen Sekun-

## **Regionalgutachten folgen**

Die hier dargestellten Ausführungen von Tino Bargel und Holger Bargel beziehen sich auf die Landesübersicht des Gutachtens. Darüber hinaus wurde in vier Regionalgutachten für die jeweiligen Stadt- und Landkreise das Schulangebot für jede einzelne Gemeinde untersucht. Es handelt sich um die Regionen

- Stadt Heilbronn/Landkreis Heilbronn
- Stadt Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis
- Landkreis Offenburg/Landkreis Emmendingen
- Landkreis Ravensburg/Bodenseekreis

Diese Gutachten werden im Februar und März in der jeweiligen Region der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Kurzfassung des Gutachtens (circa 30 Seiten) ist auf der Homepage der GEW eingestellt und liegt in Kürze als Broschüre vor.

Die GEW dankt der Max-Traeger-Stiftung, dem Verein Badischer Lehrerinnen und Lehrer und der Johannes-Löchner-Stiftung, die dieses Gutachten ermöglicht haben.

Ausführliche Informationen unter [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)

### **Schulschließungen drohen flächendeckend**

Nicht nur in kleinen Gemeinden, auch in städtischen Zentren ist die Diskussion um Schulschließungen entbrannt. Leider scheinen finanzielle und fragwürdige statistische Argumente oft mehr zu gelten als pädagogische Konzepte oder gar die Wünsche und Bedürfnisse von Eltern und Schüler/innen. b&w wird die Entwicklung aufmerksam verfolgen und in den nächsten Ausgaben darüber berichten.



**Weg damit!**

Tabelle 1: **Gemeinden als Schulstandorte in der Sekundarstufe bei dreigliedrigem Schulangebot, Verbundschule und integrierter Sekundarschule in Baden-Württemberg**

Zahl an Gemeinden als Schulstandorte *)	Hauptschule (20%)		Realschule (35%)		Verbundschule (55%)		Gymnasium (45%)		Sekundarschule (90%)	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>Gegenwärtig 2008/2009</b>										
mit Schule	781	70,4	333	30,0	0	0	226	20,4	3	0,3
ohne Schule	328	29,6	776	70,0	<b>1109</b>	<b>100</b>	883	79,6	<b>1106</b>	<b>99,7</b>
<b>Zukünftig 2015-2020</b>										
Schule, allein sicher	111	10,0	333	30,0	397	35,8	226	20,4	620	55,9
Schule, mehrere Gem.	80	7,2	(26)	2,3	152	13,7	(45)	4,1	139	12,5
<b>Gemeinden mit Schule</b>	<b>191</b>	<b>17,2</b>	<b>359</b>	<b>32,3</b>	<b>549</b>	<b>49,5</b>	<b>271</b>	<b>24,5</b>	<b>759</b>	<b>68,4</b>
ohne Schule	918	82,8	750	67,7	560	50,5	838	75,5	350	31,6
Insgesamt	1109	100	1109	100	1109	100	1109	100	1109	100

Quelle: Eigene Berechnungen und Zusammenstellung (die angesetzte Zugangsquote ist in Klammern angeführt)

\*) Maßstab „Schule, allein sicher“: kommunal zumindest Schülerpotential für 2 Züge; „Schule, mehrere Gem.“: Zusammenlegung des Schülerpotentials mehrerer Gemeinden, mit dem Modus: bei kommunal weniger als 16 Schüler/innen kann keine Schule geführt werden; das Schülerpotential dieser Gemeinden ohne Schule wird jenen Gemeinden zugerechnet, die 15 bis 30 Schüler/innen haben (einzügig wären); bei günstiger Zuteilung kann in der Hälfte dieser Gemeinden eine Schule eingerichtet werden.

darschulen berechnet sich im Land ein planerischer Bedarf von 1.386 Schulen (mit dem Berechnungsmodus von gesichert 60 Schüler/innen in der Eingangsklassenstufe). Wird verlangt, alle Sekundarschulen zumindest dreizügig zu führen, dann ergibt sich der planerische Bedarf von 1.039 solcher Schulen landesweit (mit dem Berechnungsmodus von gesichert 80 Schüler/innen in der Eingangsklassenstufe).

Aufschlussreich ist die Auskunft, dass grundsätzlich insgesamt 620 Gemeinden eigenständig als Standort einer gesicherten Sekundarschule mit zwei oder drei (auch mehr) Zügen in Frage kommen, wenn der Übergang im Schnitt 90 Prozent beträgt, was durchaus erwartet werden kann. Zu diesen Gemeinden treten jene hinzu, die nach Zusammenlegung mit dem Schülerpotential von Nachbargemeinden einen tragfähigen Standort für eine Sekundarschule abgeben. Werden alle Standorte von Sekundarschulen zusammengezählt, die entweder kommunal eigenständig möglich sind, 602 Gemeinden, oder die nach Zusammenlegung erreichbar sind, zusätzlich 92 bis zu 139 Gemeinden, dann bietet die Sekundarschule die große Möglichkeit, dass in Zukunft 712 bis sogar 759 Gemeinden Schulstandort mit einem Angebot in der Sekundarstufe sind.

### Vergleich der Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung

Das Schulangebot sollte wohnortnah, tragfähig, stabil und gerecht ausgelegt sein. Darin sind die entscheidenden Kriterien für die Versorgungsleistung zu sehen. Die Kriterien und Maßstäbe, an denen sich die Leistungsfähigkeit für die Schulversorgung der verschiedenen Modelle des Schulangebotes in der Sekun-

darstufe erweisen muss, sind äquivalent anzuwenden: die Bestimmung des Zugangs, die erwartbare Schülerzahl, die Festlegung der Zügigkeit und die Modalitäten von Bestand, Auflösung und Zusammenlegung.

### Erster Vergleich: Gemeinden als Schulstandort

Um die wohnortnahe Versorgungsleistung von Fortschreibung und Alternativen zu bestimmen, wird jeweils geklärt, in wie vielen Gemeinden gesichert ein hauptschulischer, ein realschulischer und ein gymnasialer Bildungsgang vorhanden sein wird. Je mehr Gemeinden gesichert diese Bildungsgänge und Abschlüsse zukünftig vorhalten können, desto günstiger ist die Versorgungsleistung und desto besser sind die regionalen Bildungschancen verteilt.

Bei diesen Vergleichen erweist sich, dass die Fortschreibung des gegliederten Modells für die Schulversorgung und Chancengerechtigkeit mit Abstand am ungünstigsten ist. Die Verbundschule ermöglicht die Sicherung der hauptschulischen und die Erweiterung um realschulische Bildungsgänge in weit mehr Gemeinden, allerdings nicht die Erweiterung um gymnasiale Bildungsgänge. Die integrierte Sekundarschule (als 2- und 3-zügige) würde für die meisten Gemeinden im Kreis das volle Bildungsangebot der Sekundarstufe eröffnen und zugleich die weitaus wenigsten Gemeinden ohne Sekundarschule lassen: ein entscheidender Gewinn an Wohnortnähe und Aufwertung des Schulstandortes (vgl. Tabelle 1).

**Bei Dreigliedrigkeit des Schulangebotes** wird knapp ein Drittel der Gemeinden Schulstandort sein (32,3 Prozent), wobei dies meist durch die Realschulen erreicht wird. Höchstens ein Viertel der Gemeinden (24,5 Prozent) wird Standort eines Gymnasiums sein



### Ich hab einen Entwicklungsplan für dich

können, selbst bei zusätzlichem Ausbau. Eine Haupt-/Werkrealschule wäre bei strikt verlangter Zweizügigkeit in noch weniger Gemeinden zu finden (17,2 Prozent); bei günstiger Zuteilung der Schüler/innen und einzelnen einzügigen Hauptschulen (ca. 62) könnte dieser Anteil auf bis zu 26,6 Prozent ansteigen.

**Bei Einrichtung von integrierten Sekundarschulen** können gut zwei Drittel der Gemeinden Schulstandort sein (68,4 Prozent), wobei sie in dieser Schulform alle Bildungsgänge und Abschlüsse anbieten. Bemerkenswert erscheint, dass 218 Städte allein gesichert eine Sekundarschule mit drei und mehr Zügen einrichten könnten. Wie zu ersehen, ist mit der Verbundschule die Hälfte der Gemeinden Schulstandort (49,5 Prozent), allerdings begrenzt sich der gymnasiale Bildungsgang wie bislang in den bisherigen Gymnasien auf ein Fünftel der Gemeinden (20,4 Prozent), wenn kein Ausbau erfolgt (vgl. Tab. 1).

#### Zweiter Vergleich:

##### Sicherung, Erweiterung und Aufstockung

Von hoher Relevanz für die mögliche Einrichtung einer Verbundschule oder einer Sekundarschule ist die Abwägung, inwieweit durch diese Schulformen in den Gemeinden das Angebot an hauptschulischen Bildungsgängen gesichert oder durch realschulische und gymnasiale Bildungsgänge erweitert bzw. aufgestockt werden kann.

##### Sicherung des hauptschulischen Bildungsganges:

Bei vergleichbaren Maßstäben fällt die Versorgungsleistung der Hauptschule gegenüber den beiden Alternativen erheblich ab. Ein hauptschulischer Bildungsgang könnte in bis zu 514 Gemeinden mehr gesichert werden, wenn er im Rahmen einer Verbund- oder Sekundarschule statt in einer eigenen Schulform angeboten wird. Damit ist ein hohes Maß an wohn-

ortnaher Wahrung dieses Bildungsganges angezeigt, unabhängig davon ob die Schule zwei- oder dreizügig geführt wird.

**Erweiterung durch realschulischen Bildungsgang und mittleren Abschluss:** Trotz der günstigeren Situation bei den Realschulen kann auch ihnen gegenüber die Verbundschule wie die Sekundarschule eine weit bessere Versorgungsleistung aufweisen: Denn es sind bei der Verbundschule genau 150 Gemeinden mehr, bei der Sekundarschule sogar bis zu 400 Gemeinden mehr, die dann einen realschulischen Bildungsgang und Abschluss anbieten könnten. Verbund- wie Sekundarschule ermöglichen eine starke Erweiterung im Schulangebot vieler Gemeinden gerade durch die Bildungsgänge zu einem mittleren Abschluss.

##### Aufstockung mit dem gymnasialen Bildungsgang und Abschluss:

Für Gemeinden als Standort eines Gymnasiums ist absehbar, dass sich deren Zahl in den nächsten Jahren erhöhen kann. Aber es ist kaum zu erwarten, dass mehr als 271 Gemeinden als Gymnasialstandort in Frage kommen (bei Ausbau). Denn zu sehr bleibt das Gymnasium auf die größeren Orte oder auf regional weite Einzugsbereiche begrenzt. Drei- und mehrzügige Sekundarschulen, mit eigener Oberstufe können in 328 Gemeinden eigenständig tragfähig eingerichtet werden, hinzu kämen gut 46 drei- und mehrzügige Sekundarschulen durch die Schülerschaft mehrerer Gemeinden. Dies beläuft sich insgesamt auf 374 Gemeinden, die in ihrer Sekundarschule einen gymnasialen Bildungsweg bis zur Hochschulreife anbieten können. Dies wäre eine erhebliche Aufstockung des Bildungsangebotes in zusätzlich 103 Gemeinden.

Der Leistungsvergleich ergibt einen klaren Vorsprung für die mögliche Versorgungsleistung in den Kommunen durch die Verbundschule, noch mehr durch die integrierte Sekundarschule. Es zeigt sich, dass bei ei-

nem strategischen Mix in der Schulentwicklung mit der Einrichtung von zwei- und dreizügigen Sekundarschulen eine deutlich bessere Schulversorgung mit weniger Schulen zu erreichen ist. Diese Schulen sind demnach nicht nur tragfähiger, stabiler und wohnortnäher gestaltbar, sondern auch effizienter und letztlich kostengünstiger. Mittel, die dadurch gewonnen

werden, sollten für bessere Ressourcen und Ausstattungen bei den einzelnen Schulen genutzt werden.

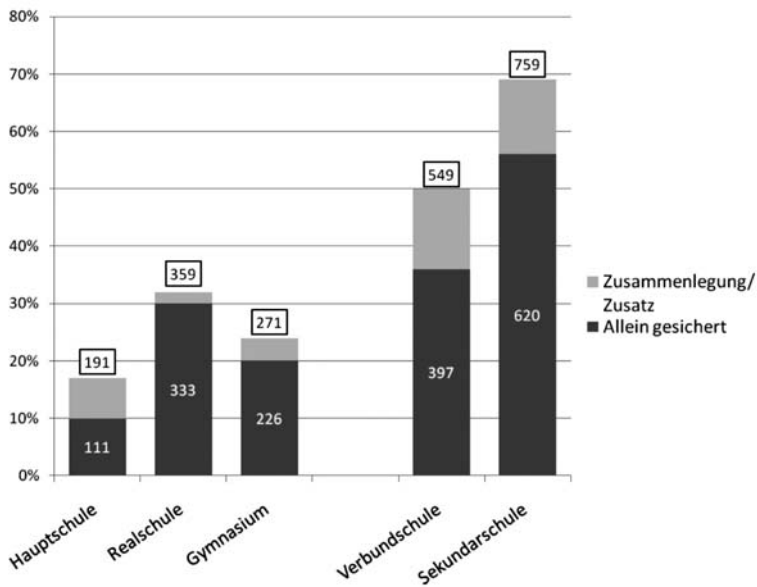
**Folgerungen zur Schulentwicklung und Empfehlungen**

Ein entscheidender Grund zugunsten der Verbundschulen und der Sekundarschulen gegenüber Haupt-/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium im dreigliedrigen Schulwesen ist auf eine einfache Formel zu bringen: Mit deutlich weniger Schulen können viele Gemeinden Schulstandort bleiben oder werden. Dies ist weder eine Zauberformel noch ein Paradox, sondern ergibt sich als einfache Ableitung: Die drei Schularten im dreigliedrigen Schulwesen benötigen kommunal oder im Einzugsbereich ein zahlenmäßig weit größeres Schülerpotential, um tragfähig zu sein. Deshalb können sie nur in größeren Städten vorhanden sein, vor allem wenn bei einer Schulform die Besucherzahl merklich abnimmt. Verbundschule wie Sekundarschule können dagegen bereits bei geringerem kommunalem Schülerpotential stabil und tragfähig eingerichtet werden. Die Konsequenz: Mehr Gemeinden können sich als anspruchsvoller Schulstandort profilieren.

Außerdem ist zu bedenken, dass von den Schulen zunehmend Aufgaben gefordert werden, die über das Abhalten von Unterricht hinausgehen. Alle diese Aufgaben sind an kleinen, auch einzügigen Schulen schwerer zu erfüllen. Überlegungen zu solchen Angeboten, die zumeist durch empirische Untersuchungen fundiert sind, beziehen sich auf die Einführung von Ganztagsangeboten zur besseren Förderung aller Kinder, auf die Profilbildung der einzelnen Schule zur Erhöhung ihrer Attraktivität, auf die Kooperation der Schule mit Partnern und Einrichtungen im Umfeld bis hin zur Integration von Kindern in den Schulalltag und Unterricht, die ansonsten die Sonder- und Förderschulen besuchen. Von Gewicht ist ebenfalls die Einsicht, dass zur Sicherung von Grundstandards der pädagogischen Schulqualität eine tragfähige Schulgröße bedeutsam ist, wie nunmehr auch vom Kultusministerium zugestanden wurde.

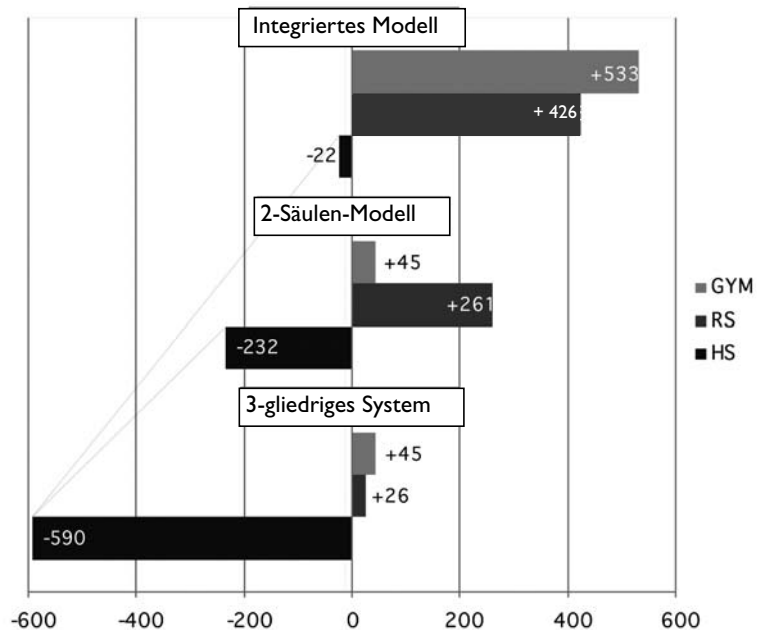
Das Festhalten an der dreigliedrigen Schulaufteilung in der Sekundarstufe ist letztlich eine resignative Strategie der Schulentwicklung, weil die Abwicklung des Verlustes von sehr vielen Hauptschulen mit dem Rettungsversuch von Restbeständen – Werkrealschulen genannt – im Vordergrund steht. Die Bildungsbereitschaft unter den Eltern und die Bemühungen der Gemeinden um die Schulentwicklung werden dadurch eher gebremst statt unterstützt. Angebracht sind ein Ausbau der Bildungslandschaft und die Einführung von anspruchsvollen Schulangeboten. Mit dem Eröffnen schulischer Alternativen wie der Verbundschule oder Sekundarschule wird der resignativen Schulstrategie mehr Aufbruchsstimmung entgegengesetzt, weil sich dadurch Optionen und Chancen für die Kommunen, für die Schulen und auch für die Schüler/innen eröffnen, die für die Entwicklung des Landes zur „Bildungsrepublik“ unerlässlich sind.

Abbildung 1: **Gemeinden als Schulstandorte bei dreigliedriger Schulstruktur, Verbundschule und integrierter Sekundarschule: langfristige Prognose ab 2015**



Quelle: Eigene Berechnungen und Daten des Statistischen Landesamtes

Abbildung 2: **Verlust- und Gewinnrechnung für Gemeinden als Schulstandort bei unterschiedlichen Modellen der Schulstruktur für gymnasiale (GYM), realschulische (RS) und hauptschulische (HS) Bildungsgänge im Vergleich zum Bestand 2008/09**



Quelle: Eigene Berechnungen und Daten des Statistischen Landesamtes

## Der Kommentar: Handlungsbedarf für die Landesregierung

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in eine deutlich spürbare Schiefelage geraten. Der dramatische Rückgang der Gesamtschülerzahl und der ungebremste Rückgang der Übergangsquoten auf die Hauptschule trotz Einführung der neuen Werkrealschule lösen große Diskussionen um die Weiterentwicklung der Schulen und der Schulstandorte aus.

Bestimmend war in den vergangenen Monaten in den ländlichen Gemeinden die Diskussion über den Erhalt einer weiterführenden Schule, die noch verbliebene Haupt- bzw. Werkrealschule. Nicht ohne Grund. Eine weiterführende Schule ist wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur einer Gemeinde und hebt die Attraktivität des Wohnorts. Auffällig ist, dass bei der Diskussion um den Erhalt der weiterführenden Schulstandorte nur über den Verlust der Hauptschule geklagt wird, während der Verlust bzw. das Nichtvorhandensein der Realschule und des Gymnasiums überhaupt kein Thema ist. In dieser Situation hat die GEW Baden-Württemberg das vorliegende Gutachten in Auftrag gegeben. Es zeigt auf, was im „Kinderland Baden-Württemberg“ passiert, wenn von Seiten der Landesregierung nichts passiert.

Das drei- bzw. vielgliedrige selektive Schulsystem hat seine Berechtigung verloren. Schon im Jahr 2015 – Zweizügigkeit vorausgesetzt – würden nur noch 191 Gemeinden tragfähige Haupt-/Werkrealschulen haben.

### **Eine weiterführende Schule ist wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur einer Gemeinde und hebt die Attraktivität des Wohnorts.**

Deutlich mehr Schulstandorte könnte die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen sichern. Diese Variante wird aber von der GEW aus pädagogischen Gründen, auch als Zwischenschritt, abgelehnt. Schulische Bildungsangebote können und müssen jedem Individuum gerecht werden. Es gibt keine sachlichen Gründe dafür, dass Schüler/innen der Gymnasien aus einem pädagogischen Gesamtkonzept ausgeschlossen werden.

Die Sekundarschule, Schule für alle von Klasse 5 bis 10, kann in drei Vierteln der 1.109 Gemeinden die Bildungsgänge Hauptschule, Realschule und Gymnasium erhalten bzw. bilden. Unterschiedliche Bildungsgänge in der Sekundarschule machen keine Klassenbildung nach Schularten notwendig, sondern es werden integrierte Lerngruppen/Klassen gebildet.

Die Tragfähigkeit der Sekundarschule als Schule für alle bildet die überzeugende Variante. Sie unterstützt die pädagogischen Argumente für ein integriertes Schulsystem. Jeder Schüler/jede Schülerin

schließt die Schule mit dem Abschluss ab, die er/sie individuell erreicht. Diese Schulstruktur setzt u.a. voraus, dass Lehrer/innen in der Aus- und Fortbildung Kompetenzen zu Diagnosefähigkeit und individuelle Förderung erwerben und die schulischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Sie müssen dazu befähigt werden, mit der noch größeren Heterogenität umzugehen. Alles andere würde den Kritikern einer Schule für alle Recht geben.

Landesregierung und Kultusministerium dürfen Städte und Gemeinden in der Frage der regionalen Schulentwicklung nicht länger allein lassen. Der letzte Schulentwicklungsplan in Baden-Württemberg wurde vor fast vierzig Jahren veröffentlicht. Das Land muss Perspektiven eröffnen und die Chancen nutzen. Zahlen als notwendige Planungsgrundlage sind vorhanden. Die Kinder, um die es geht, sind bereits geboren.

### **Die Sekundarschule, Schule für alle von Klasse 5-10, kann in drei Vierteln der 1.109 Gemeinden die Bildungsgänge Hauptschule, Realschule und Gymnasium erhalten bzw. bilden.**

Ein „Augen zu und Abtauchen“ bis nach der Landtagswahl 2011 kann es angesichts dieser Zahlen nicht geben. Auch finanzielle Argumente zählen nicht. Die größere Zahl tragfähiger Standorte macht Schule nicht teurer. Ich erwarte, dass die Regierungsfractionen CDU und FDP ihre Blockadehaltung bei den Anträgen von Städten und Gemeinden auf Veränderung der Schulstruktur endlich aufgeben.

Die Chance bei der Schule für alle, in drei Vierteln der Gemeinden alle Bildungsgänge der Sekundarstufe 1 anbieten zu können, ist die zentrale Aussage dieses Gutachtens. Welche Entwicklungschancen dies für den ländlichen Raum bietet, ist überwältigend.

Eine weitsichtige und verantwortungsvolle Politik kann in dieser Situation nicht das rasante Hauptschulsterben unbeschränkt vorantreiben oder laufen lassen. Sie darf nicht zulassen, dass im „Kinderland“ große Regionen zu schulfreien Zonen werden und nicht zuletzt der ökologisch und wirtschaftlich unsinnige Schülertourismus verstärkt wird.

Ich hoffe und wünsche, dass das Gutachten eine offene und konstruktive Diskussion in den politischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen, bei den Schulträgern und kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landesregierung und dem Kultusministerium über die künftige Schulentwicklung in Baden-Württemberg anstoßen wird.

Doro Moritz



Doro Moritz ist Landesvorsitzende der GEW-Baden-Württemberg.